

## **Ergebnisse der Diskussion in den Arbeitsgruppen**

- Arbeitsgruppe 1 „Geschoßwohnanlagen im Sozialgebiet“  
Franziskus Müller, Abfallberater-Sprecher des Reg.-Bez. Oberpfalz
  
- Arbeitsgruppe 2 „Geschoßwohnanlagen im Sozialgebiet“  
Volker Leiterer, stellvertretender Abfallberater-Sprecher des Reg.-Bez. Unterfranken
  
- Arbeitsgruppe 3 „Wohnanlagen im Grünen“  
Thomas Scherzer, Regierung von Oberbayern
  
- Arbeitsgruppe 4 „Geschoßwohnanlagen mit über 300 Wohneinheiten“  
Peter Schmidt, Abfallberater der Stadt Erlangen

## Arbeitsgruppe 1: „Wohnanlage im Sozialgebiet“

Moderator: Franziskus Müller, Sprecher der Abfallberater im Regierungsbezirk Oberpfalz

**Wohnanlage im Sozialgebiet**

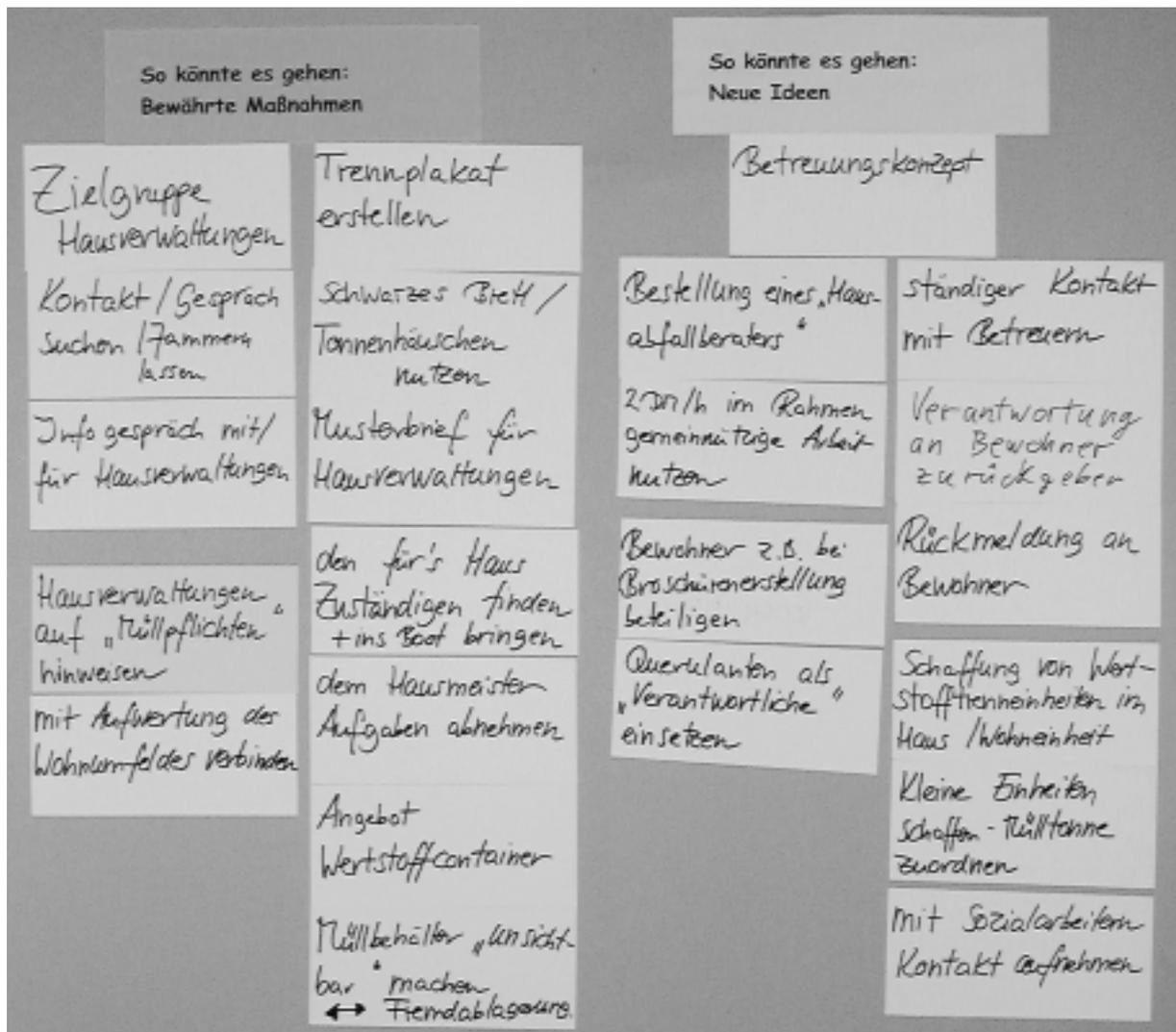
Wieso es in den Wohnanlagen mit dem Müll so schwierig ist

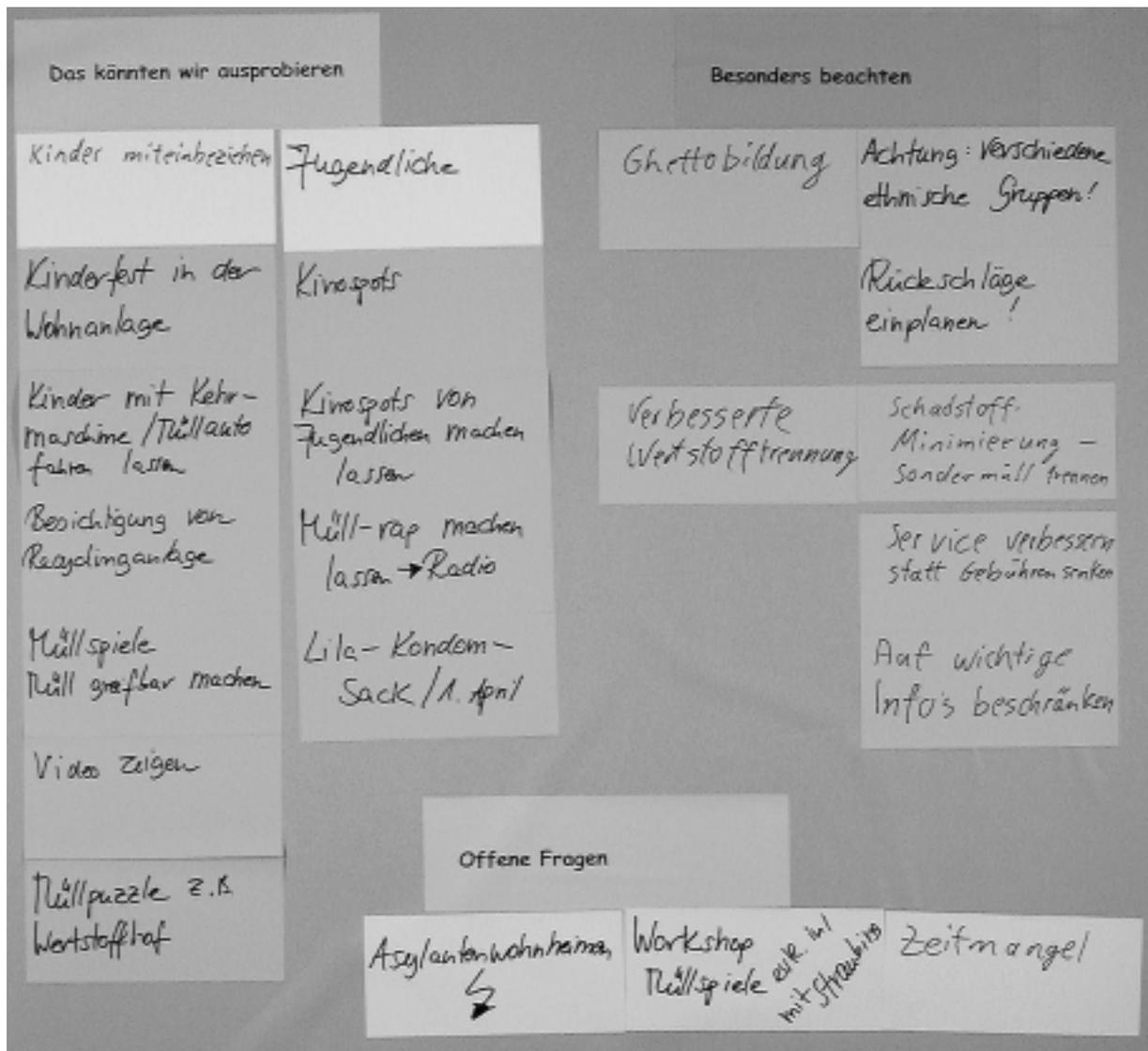
- Keiner fühlt sich alleine verantwortlich
- Keine Motivation
- Anonymität
- Wenn was daneben liegt, wird es mehr
- Wohnumfeld negativ
- Schlechte technische Ausstattung
- Unengagierte, nicht interessierte Hausverwaltung
- Kein eigener Hausmeister
- Kleine Wohnungen
- Zeit- und Wegeaufwand

- Ungerechtigkeit Gebühren
- fehlende Kostentransparenz ↓
- Info defizit
- anderes Einkaufsverhalten
- Hausverwaltung in Sozialgebiet besonders wenig engagiert
- Fremdablagerungen
- Protest- und Verweigerungshaltung

- Unterschiedliche Tonnengrößen
- Müllgroßbehälter ab 0,660 m<sup>3</sup>
- Mentalität - verschiedene
- Sprachprobleme
- Sozialamt zahlt "alles"
- andere Probleme als Müll

1.1





## Zusammenfassung

### 1 Warum es in den Wohnanlagen mit dem Müll so schwierig ist

Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen, die in die Bereiche psychologische Aspekte, technische Aspekte und organisatorische Aspekte fallen.

#### Zu den psychologischen Aspekten wurde angeführt:

Das Verantwortungsbewusstsein ist in Wohnsiedlungen geringer: Keiner fühlt sich selbst verantwortlich. Aufgrund der Anonymität besteht kein sozialer Druck, es besser zu machen, von daher kommt kein Motivationsanreiz. Das führt dazu, dass Ablagerungen bzw. Entledigungen neben der Tonne Nachahmer finden und den Müll dort vermehren. Fehlende Mülltrennung führt zu überquellenden Restmülltonnen.

Das Einkaufsverhalten ist anders als bei Bewohnern von Einfamilienhäusern; es werden mehr Fertigprodukte und Einweg-verpackte Produkte gekauft, was einen höheren Verpackungsanteil bedeutet. Diese Verpackungen werden aber in geringerem Umfang der Wertstoffentsorgung (DSD-Säcke) zugeführt.

Je nach Ausländeranteil herrschen unterschiedliche Mentalitäten und geringere Standards bei dem Umgang mit Abfall und den Entsorgungseinrichtungen. Das erschwert natürlich die Verbesserung des Umweltbewusstseins. Auch Sprachprobleme können die Bemühungen insbes. der Abfallberater, die Einstellung der Bewohner von Großsiedlungen zur Müllzeugung zu verändern, behindern.

Bei Sozialhilfeempfängern spielt die Müllmenge keine Rolle, da die Sozialämter praktisch alles zahlen, in dem sie die Müllgebühren als Teil der Mietnebenkosten voll übernehmen. Die Sozialämter bieten daher keinen Anreiz zur Müllvermeidung. Auch sorgsamer Umgang mit Produkten oder der Kauf langlebiger Produkte ist uninteressant, da das Sozialamt die Neubeschaffung finanziert.

Ein weiteres Problem ist die generelle Protest- und Verweigerungshaltung bei Mietbewohnern gegen „offizielle Mitteilungen“ wie Appellen zur Müllvermeidung und Mülltrennung. Auch sind die Bewohner meist mehr mit anderen und größeren Problemen (Arbeitslosigkeit oder finanzielle Probleme aufgrund niedrigen Einkommens, Alleinerzieher mit teilweise mehreren Kindern, gesundheitliche Probleme, Alkoholismus) beschäftigt und daher an Fragen der Müllentsorgung nur nachrangig oder gar nicht interessiert.

#### **Zu den organisatorischen Aspekten wurde angeführt:**

Das Wohnumfeld liefert durch die Gestaltung z.B. von Gärten oder Tonnenhäuschen keinen Anreiz zur Verbesserung des Trennverhaltens und zur Müllreduzierung. Es fehlt in der Regel an der entsprechenden technischen Ausrüstung (Sammelplätze für Wertstoffsäcke, Glascontainer, Umhausungen / Einfriedungen für Restmüll-, Papier- und Biomüllcontainer).

Die Hausverwaltung zeigt sich uninteressiert und engagiert sich nicht oder zu wenig dafür. Sie stellt häufig keinen eigenen Hausmeister für einen Wohnblock. Die Wohnanlagen weisen oft viele kleine Wohnungen auf, was die Trennung von Abfall in der Wohnung (Platzmangel) und die Aufteilung auf Solidargemeinschaften für Müllsammeleinrichtungen erschwert. Der Zeit und Wegeaufwand zu den Sammeleinrichtungen ist in der Regel höher als bei Einfamilienwohnanlagen, was das Trennverhalten negativ beeinflusst. Das führt aber auch zu Fremdlagerungen an anderen Stellen, die auf dem bequemeren Weg liegen.

Da keine verursachergerechte Abrechnung erfolgt, kommt es zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten bei der Gebührenerhebung. Die kleineren Haushalte, die wenig Müll erzeugen, zahlen für die Entsorgung des Mülls von großen Haushalten mit. Die fehlende Kostentransparenz bei der Gebührenkalkulation durch die Hausverwaltung stellt ein zusätzliches Informationsdefizit für den Abfallerzeuger dar und trägt nicht zu einem kostenbewussten oder kostenoptimierten Verhalten bei.

#### **Zu den technischen Aspekten wurde angeführt:**

Die Möglichkeit, unterschiedliche Tonnengrößen für Restmüll zu verwenden, wird nicht in Anspruch genommen, meist sind nur Großbehälter (1,1m<sup>3</sup>-MGB) vorhanden. Es sollten auch kleinere Müllgroßbehälter, möglichst 120 l - oder 240 l, anstelle von 660 l oder 1,1 m<sup>3</sup>-MGB verwendet werden, um einen besseren Anreiz zur Müllvermeidung zu bewirken.

## 2 Bewährte Maßnahmen: so könnte es gehen

Erste Zielgruppe für die Abfallberatung sind die Hausverwaltungen. Man sollte mit ihnen Kontakt aufnehmen, das Gespräch suchen und im Gespräch die andere Seite auch jammern lassen. Bei Informationsgesprächen werden grundlegende Informationen vermittelt, die häufig nicht genau bekannt sind (z.B. zugelassene Gefäßgrößen, die Möglichkeit der Aufstellung weitere Papiertonnen, Einzelheiten zur Wertstoffsammlung etc.). Aber auch auf die Pflichten der Grundstückseigentümer zur ordentlichen und sachgemäßen Erfassung und Bereitstellung der Abfälle/Wertstoffe ist hinzuweisen. So schreiben die Abfallsatzungen die Bereitstellung einer ausreichenden Menge von Restmüll- und Papiertonnen vor, ab einer bestimmten Größe der Wohnanlage besteht auch die Pflicht, Flächen für Altglascontainer bereitzustellen. Die mit einer Verbesserung der Abfallsituation verbundene Aufwertung des Wohnumfeldes sollte als Argument ebenfalls angeführt werden.

Die Abfallberatung bietet ihr Wissen und ihre Hilfe bei der Umsetzung dieser Maßnahmen an. Die Hausverwaltung sollte davon überzeugt werden, Restmüllbehälter möglichst „unsichtbar“ zu platzieren, um Fremdblagerungen vorzubeugen.

Folgende technische und organisatorische Mittel haben sich bewährt:

Den Hausverwaltungen werden Informationsbroschüren sowie Musterbriefe für Anschreiben an die Hausbewohner zur Verfügung gestellt.

Ferner werden Plakate zur Verbesserung des Mülltrennverhaltens (DIN A 3), möglichst mit graphischen Darstellungen/Pictogrammen, bereitgestellt, um die Informationen schnell „auf einen Blick“ vermitteln zu können (auch gut bei Sprachproblemen).

Trennhinweise und andere Informationen zur Entsorgung (nächster Glascontainer/Kleidercontainer/Grünabfallsammelstelle) sollten ans Schwarze Brett gehängt werden: hierfür sollte auch das Tonnenhäuschen genutzt werden.

Es könnte ein Hauswart für jedes Gebäude benannt werden, der dem Hausmeister Aufgaben abnehmen könnte. Damit kann eine bessere Einbeziehung der Betroffenen bzw. der Verursacher erreicht werden.

## 3 Neue Ideen: so könnte es gehen

Im Landkreis Cham wurde ein **Betreuungskonzept** für die Hausbewohner erprobt. Damit soll der Kontakt zu den Bewohnern über Betreuer verbessert, die Verantwortung an die Bewohner zurückgegeben und eine Rückmeldung von Ergebnissen bei der Umsetzung des Konzeptes ermöglicht werden, die zugleich als Motivationsanreiz dienen kann. Rückmeldungen / Feedbacks bestätigen Betroffenen, richtig zu handeln. Sie sind auch im Marketing ein wichtiges Instrument.

Hierzu gehört die Bestellung eines „Hausabfallberaters“ aus dem Kreis der Mieter, ferner die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern, die eine Aufwandsentschädigung von 2.- DM/h für gemeinnützige Arbeit erhalten könnten. Bewohner könnten bei der Erstellung von Broschüren beteiligt werden. „Querulanten“ sollten als Verantwortliche in dem von ihnen beanstandeten Gebiet eingesetzt werden. Sowohl Wertstoff- als auch Restmüllmengen sollten auf Wohneinheiten bezogen werden. Es sollten kleine Solidaritätsgemeinschaften gebildet werden, denen eine Mülltonne zugeordnet ist. Mit Sozialarbeitern sollte Kontakt aufgenommen werden zum Einsatz von Sozialhilfeempfängern.

#### **4 Das könnten wir ausprobieren**

Man könnte ausprobieren, Kinder und Jugendliche einzubeziehen.

Bei Kindern würde sich Folgendes eignen: Kinderfeste in der Wohnanlage zu veranstalten, eventuell auch Kinder mit der Kehrmaschine oder im Müllauto mitfahren zu lassen, Müllspiele zu veranstalten, z.B. um sie Abfallarten zur Verwertung und zur Beseitigung kennenlernen zu lassen, mit anschließender Abfragung des Erlernten z.B. in Form einer „Müllrallye“, Müllpuzzles z.B. über einen Wertstoffhof einzusetzen, die Besichtigung einer Recycling-Anlage zu ermöglichen.

Bei Jugendlichen würde sich eigenen: Kinospots von Jugendlichen machen lassen und vorführen, einen „Müllrap“ unter Einbindung des Rundfunks zu veranstalten.

Generell sind Jugendliche nur schwer zu erreichen und für dieses Thema zu interessieren.

„Gagige“ Hinweise in den Medien wie z.B. dass zum 01. April lila Kondomsäcke („Roter Sack für Kondomentsorgung“, Meldung im Würzburger Wochenblatt am 01.04.1993) verteilt würden, könnten auf die Müllproblematik aufmerksam machen.

#### **5 Was ist besonders zu beachten?**

Rückschläge bei verschiedenen Anläufen zu Verbesserungsmaßnahmen sollten nicht entmutigen und müssen mit einkalkuliert werden.

Zu warnen ist vor zu hochgesteckten Zielen in der Abfallberatung. Die Bewohner dürfen nicht überfordert werden. Anzustreben sind zunächst grundlegende Dinge wie eine Verbesserung der Wertstofftrennung (keine Leichtverpackung, kein Glas oder unverschmutztes Papier im Restmüll) und eine Schadstoffminimierung, d.h. bessere Schadstofftrennung bzw. -separierung (Problemüllsammmlung).

Es sollte auch überlegt werden, ob nicht eine Verbesserung des Services mehr bringt als eine Gebührensenkung. Eine Gebührensenkung fällt häufig kaum ins Gewicht, da sie in der (obendrein nur einmal jährlich erfolgenden) Nebenkostenabrechnung untergeht und für den einzelnen Mieter nur wenige Mark im Monat ausmacht. Eine Verbesserung des Service z.B. bei der Sperrmüllabfuhr oder Wertstoffeffassung (s. hierzu die Anmerkung im Resümee) würde dagegen direkt wahrgenommen.

Bei Informationen sollte man sich nur auf wichtige Infos beschränken. Hintergrundinformationen sind für diesen Personenkreis nicht so interessant.

#### **6 Offene Fragen:**

Was ist bei Asylantenheimen zu tun?

Sollte ein Workshop „Müllspiele“ wie z.B. vom ZAW Straubing durchgeführt, eingesetzt werden?

Wie ist dem Zeitmangel und der raschen Fluktuation der Bewohner von Geschoßwohnanlagen zu begegnen?

## **Arbeitsgruppe 2: „Geschoßwohnanlagen im Sozialgebiet“**

Moderator: Volker Leiterer, stellvertretender Sprecher der Abfallberater im Regierungsbezirk Unterfranken

### **1 Wieso es in den Wohnanlagen mit dem Müll so schwierig ist**

- Sprachbarriere
- Lebenseinstellung
- Kulturschock bei Ausländern
  - Konsum
  - Abfall
  - Behörden
- finanzielle Situation
  - geringes Einkommen =?viel Einweg = viel Abfall (neuere Studie „Umweltbewußtsein und Umweltverhalten in Deutschland" kann diesen Zusammenhang nicht bestätigen (s. UMWELT Nr.5 / 2000, S.243))
- keine wirtschaftlichen Anreize
- Lebensart: Ego-Trip
  - Null Bock
  - andere Sorgen
- Anonymität
- Verwahrlosung der Behälterstandorte
- zu große Behälter
- Nachahmungseffekte (bei schlechten Beispielen)
- externe Hausmeister
- fehlende Sammelfläche in der Wohnung
- fehlende Stellflächen für Gefäße
- Mieter/Eigentümer
- negative Presse (Alibis)
- desinteressierte Hausverwaltung.

### **2 So könnte es gehen: Bewährte Maßnahmen**

- Beratungsgespräch:
  - persönlich
  - Kinder als Dolmetscher (Uhrzeit!)
  - Anschauungsmaterial
  - mehrsprachige Merkblätter/Aufkleber
  - Muttersprachler einsetzen (evtl. Studenten)
  - Sprecher von Kulturvereinen einbeziehen
  - Mentalitäten und Strukturen erkennen.

- Informationen für Schulen und Kindergärten  
(Akzeptanz durch Lehrkräfte abklären)
- Behälteroptimierung
- transparenter Gebührenbescheid (Sozialämter)
- Gewinnspiel
- kleinere Abrechnungseinheiten (Stockwerk etc.)
- Tonnen mit Schwerkraftschloss o.ä.
- wir müssen die Betroffenen verstehen → Grundlage für künftige Öffentlichkeitsarbeit
- Gestaltungsvorschläge für Behälterstandorte
- zentrale Zwischenlagerfläche oder Container für Gelbe Säcke
- !• Wertstoffabholung durch private oder öffentlich-rechtliche Dienstleister
- Abfuhrhythmus verdichten
- regelmäßige Pressearbeit
- Aufwertung Hausmeister
- Kostenvergleich an Hausverwaltungen

### 3 **Besonders zu beachten:**

- ∇ Augenmaß bewahren
- ∇ „Sendung mit der Maus“
- ∇ Aufwand/Nutzen - Relation
- ∇ Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen (leere Drohungen etc.)
- ∇ Motivation erhalten (eigene; die der Bürger)
- ∇ Kosten
- ∇ Personalsituation
- ∇ ggf. politischen Rückhalt einfordern.

### 4 **Das könnten wir ausprobieren:**

Aktion Sperrmüll und illegale Ablagerungen

#### LK Bamberg

- Zieldefinition, Projektgebiet festlegen
- telefonische Ankündigung bei der Hausverwaltung
- Hausmeister informieren
- schriftliche Info an Mieter  
(in deutsch; offizieller Eindruck; kurz!)
- persönliches Gespräch mit Hausmeister (falls engagiert), sonst mit Vertreter der Hausverwaltung
- Mieter-/Eigentümerversammlung besuchen
- Abfuhr → Illegales bleibt liegen
  - wird kostenpflichtig abgefahren
  - Kosten werden auf alle Mieter/Eigentümer umgelegt
  - Hinweis auf Nebenkostenabrechnung
  - Thema bei nächster Mieter-/Eigentümerversammlung.

### Arbeitsgruppe 3: „Wohnanlage im Grünen“

Moderator: Thomas Scherzer, Regierung von Oberbayern

## 3. Wohnanlage im Grünen

**Wieso es in den Wohnanlagen mit dem Müll so schwierig ist**

- Verständnisprobleme ausländischer Mitglieder
- Anonymität
- Ghetto
- Starke Fluktuation
- mangelnder Bewußtsein
- unklare Abrechnung
- fehlende Information
- "fliegende" Hausmeister
- LOCKWART-MENTALITÄT
- HAUSMEISTER NICHT VOR ORT
- zu weite Wege
- Bequemlichkeit
- Platzmangel
- immer ausreichend Behälterkapazität
- große Tonnentouren "verschanden" die Wohnanlage

**So könnte es gehen: Bewährte Maßnahmen**

- Führungsausbildungen
- Pressearbeit
- Hausmeister sollte in der Anlage wohnen
- Vor-Ort-Tätigkeit mit HV & Hausw.
- Marktplatz/Eingangsbereich
- Vorbilder
- Teilnahme der Abf. bei Sammelung
- VERANTWORTLICHE PERSON IN DER WOHNANLAGE
- RAUML. GEGLIED. ENTSORGUNG REST/BIO Müll-RECYCLING
- LEITSYSTEM
- Optische ansprechende Standorte
- Enge Wohnungen
- zu geringe Behälterkapazität für Abfälle

**Besonders beachten**

- Tun so leicht verständliche verfasst
- Persönliche Ansprache
- Wohnblock-Einzelteilstruktur
- ADWOKATEN - MESSUNG
- stets gleiche Ansprechpartner für die HV
- in regelmäßigen Intervallen nachfragen → abschließen
- COACHING VORSORGE
- Jahresweise Fortschritt herausarbeiten
- Person suchen, die sich kümmert
- INFORMATIONSFUSS (HAUSVERWALTUNG) → HAUSMEISTER
- Enge Zusammenarbeit mit Hausmeister
- Sprachrohr
- SOLANGE BIOMÜLL NICHT NOTWENDIGE QUALITÄT HAT: ZUM RESTMÜLL

**Das könnten wir ausprobieren**

- Wohnanlagen-fest (mit die Mülltonnen)
- Keine Container, z.B. Eigenes Tonnen zu haben
- Dezentrale Wertstoff-sammelstellen
- BIOMÜLL-ZUST RESTMÜLL-TIME ADHOCUNG
- Info für Bauherren (Platzbedarf für Tonnen)
- BIOMÜLL-SERVICE
- HYGIENE-SERVICE
- "SPILMASCHINEN"
- So könnte es gehen: Neue Ideen
- Kontrollaufkleber
- absperrbare Häuschen
- Kontrollen
- Drohungen/Sanktionen
- Scheckkarten-Systemen
- LVP → RESTMÜLL
- 76 GED-AMT
- SOZIAL-GESELLSCHAFTS-

## Zusammenfassung

### 1 Warum es auch in den Wohnanlagen „im Grünen“ bzw. „auf dem Land“ mit dem Müll so schwierig ist.

Die Gründe fallen in die Bereiche „Psychologische und soziale Aspekte“, „Technische Aspekte“ und „Organisatorische Aspekte“.

Zu den psychologischen bzw. sozialen Aspekten, läßt sich anführen:

Es gibt in der Vorstadt oder auf dem Land zwei Arten von Wohnanlagen, die sich in reiner Form deutlich voneinander unterscheiden:

- Einmal die Wohnanlage „im Grünen“ mit vorwiegend besser gestellten, gut ausgebildeten Mitbürgern, die zu einem –relativ großen Anteil bereits im Ruhestand leben. Es handelt sich um großzügige und gut ausgestattete Wohnanlagen. Der Anteil an selbstgenutzten Eigentumswohnungen liegt sehr hoch. Die soziale Zusammensetzung ist relativ homogen.

Diese Wohnanlagen unterscheiden sich von ihrer sozialen Struktur her deutlich von den städtischen Wohnanlagen, sonstigen Wohnanlagen auf dem Land und Großwohnanlagen mit über 300 Wohneinheiten.

- Und zum anderen „Wohnanlagen auf dem Land“ mit einer heterogenen Zusammensetzung, nämlich einem gewissen Anteil ländlicher Bevölkerung, einem Anteil zugewogener Bürger und einem mal mehr mal weniger großen Ausländeranteil.

Auch diese unterscheiden sich von ihrer sozialen Struktur her i.d.R. deutlich von den städtischen Wohnanlagen.

- Generell dürfte das Umweltbewusstsein „im Grünen“ oder „auf dem Land“ trotz einer heutzutage allseits üblichen Bequemlichkeit und egoistischeren Einstellung tiefer verankert sein als in der Anonymität der Stadt. Das auf dem Land traditionell große Interesse am Tun und Handeln des Nachbarn, auch an seinem Abfallvermeidungs- und Recyclingverhalten, erzeugt einen gewissen sozialen Druck. Durch zugewanderte Mitbürger, auch Ausländer, bzw. die hohe Fluktuation besteht jedoch auch in „Wohnanlagen auf dem Land“ die Gefahr, dass sich städtisch-anonyme Verhältnisse einstellen und somit die besonderen ländlichen Gegebenheiten überprägt werden.
- Auch Hausmeister von Wohnanlagen im Grünen bzw. auf dem Land
  - \* weisen ungenügende Kenntnisse auf dem Gebiet der Abfallberatung auf,
  - \* zeigen eine mangelhafte Serviceeinstellung in bezug auf Bereitstellung, Organisation und Wartung von Wertstoff- und Restmüll-Stellplätzen,
  - \* sprechen häufig die Bewohner der Wohnanlagen falsch, manchmal grob, d.h. nicht im Sinne einer Betreuung an.

Zu den organisatorischen Aspekten wurde angeführt:

- Die Bewohner erhalten unklare Abrechnungen, die keinen klaren Überblick über die Leistungen und mögliche Verbesserungen des Angebots vermitteln.
- Fehlende oder unklare Informationen, insbesondere auch in bezug auf die tatsächlichen Verwertungswege für Wertstoffe, können zu abfallwirtschaftlichem Fehlverhalten führen. Anonyme Unterlagen, die nicht an den konkreten Mitbürger gerichtet sind, bzw. nicht die Besonderheiten der jeweiligen Wohnanlage berücksichtigen, werden von den Bewohnern meist nicht mit der notwendigen Sorgfalt studiert.
- Hausmeister außerhalb der Wohnanlage, sog. „fliegende Hausmeister“, die außerhalb der Wohnanlage wohnen, kümmern sich zu wenig um die Abfallprobleme ihrer Wohnanlagen. Fliegende Hausmeister haben oft nur Stellvertreter- bzw. Alibi-Funktion für die Hausverwaltung.

Zu den technischen Aspekten wurde angeführt:

- Die Wege zu den Müllsammelstellen sind auf dem Land unter Umständen weiter; zu lange Wege führen aber zu einer mangelhaften Nutzung der Einrichtungen.
- Platzmangel in Wohnanlagen, ebenso in zu engen Wohneinheiten führt, ggf. auch auf dem Land, zu Lagerungsstaus in ungeeigneten Zwischenlagern (z.B. gelbe Säcke in der Tiefgarageneinfahrt, getrennte Fraktionen in Plastiksäcken in der Diele).
- Bioabfall- und teilweise auch Restmüll-Tonnen weisen häufig einen zu niedrigen Hygiene-Standard auf. Insbesondere in der heißen Jahreszeit können penetrante Geruchsbelästigungen der Bewohner die Folge sein. Dann müssen Maßnahmen zur Vermeidung ergriffen werden.
- Für Wertstoffe werden oft zu geringe Behältervolumina vorgehalten. Wilde Ablagerungen können die Konsequenz sein, die im Nachahmungseffekt meist Fremdnutzung durch Dritte zur Folge haben.
- Uneinheitliche Raumaufteilungen der Stellplätze für Restmüll-, Bio- und Wertstoff-Tonnen sowie unterschiedliche oder fehlende Beschilderungen können die Orientierung für den Bürger erschweren. Auch die Anordnung der Restmüll-, Bio- und Wertstoff-Tonnen mit ihren unterschiedlichen Anforderungen an die Hygiene und die entsprechende Gestaltung der unmittelbaren Umgebung sind oft nicht nachvollziehbar.

## **2 Bewährte Maßnahmen: So könnte es gehen**

Zu den psychologischen bzw. sozialen Aspekten wurde angeführt:

- Zur besseren Kommunikation mit den Mitbewohnern dienen Informationsveranstaltungen, Pressearbeit in den Regionalblättern, sowie die Er- und Zustellung von Merkblättern und Informationsbroschüren.

Insbesondere die i.d.R. für abfallwirtschaftliche Fragen schwerer erreichbaren Senioren können durch eine überzeugende Darstellung der Problematik seitens ebenfalls älterer, aber noch engagierter Herrschaften in ihrem Abfallverhalten umgestimmt werden („früher habe ich ..., jetzt mache ich ...“). Aber auch über die Enkel, die bereits das richtige Abfallverhalten routinemäßig vorleben, können ältere Menschen erreicht werden.

- Öffentlichkeitsarbeit in bezug auf modernes Abfallverhalten (Vermeidung, Trennung, Verwertung) kann mit Hilfe von Plakaten, Radio (z.B. Interviews in „Bayern 3 am Morgen“), Fernsehen (Themen zur Abfallberatung in Talk-Shows, z.B. „Wie halten Sie es mit dem Müll?“ „Wer trennt richtig/wer trennt am schnellsten Wertstoffe“ „Abfallverhalten in der Antike“ etc.) und der Bunten Presse durchgeführt werden.

Zu den organisatorischen Aspekten wurde angeführt:

- Abfallberater, Hausverwaltungen und Hausmeister sollten in bezug auf Abfallfragen eng zusammenarbeiten.
- Abfallberater führen Vor-Ort-Termine mit der Hausverwaltung und dem Hausmeister durch, um Sachverhalte festzustellen und Abhilfemaßnahmen zu erörtern.
- Es sollten regelmäßig Informationsveranstaltungen für die Bewohner durchgeführt werden. Wohnungseigentümersammlungen eignen sich erfahrungsgemäß nur bedingt für derartigen Themen, weil nur die Wohnungseigentümer ein echtes Interesse daran haben, bei Abfallfragen etwas zu ändern, die auch selber in der Anlage wohnen.
- Hausmeister sollten auch in der entsprechenden Wohnanlage wohnen.

Zu den technischen Aspekten wurde angeführt:

- Die Stellflächen für Restmüll-, Bioabfall- und Wertstoff-Tonnen sollten nach den Maßgaben der Zweckmäßigkeit errichtet und regelmäßig, z.B. wöchentlich, gereinigt werden.

### **3 Was ist besonders zu beachten?**

Zu den psychologischen bzw. sozialen Aspekten wurde angeführt:

- Bei der Auswahl des Ansprechpartners/Sprechers für die Seite der Bewohner gegenüber dem Hausmeister und der Hausverwaltung sollte nicht auf den „Schnüffler des Hauses“ bzw. eine „Horch und Guck“-Person zurückgegriffen werden.
- Diskussionen im Hinblick auf Abfallfragen sollten im gegenseitigen Respekt voneinander geführt werden. Hier kann das offene Miteinander in einer Wohnanlage auf dem Land genutzt werden.
- Das „Wir-Gefühl“ einer Hausgemeinschaft kann durch Siedlungsfeste mit besonderen Aktionen, Hausnachrichten und eine eigene „corporate identity“ gestärkt werden. Abfallfragen lassen sich in einem solchen psychologischen Umfeld leichter lösen.

Zu den organisatorischen Aspekten wurde angeführt:

- Die Anschreiben mit Informationsmaterial zu Abfallfragen sollten immer persönlich und in den entsprechenden Sprachen an die Bewohner gerichtet werden. Bei der Übermittlung von Informationsmaterial sollte der Einzelfall der Wohnlage berücksichtigt werden.
- Neubewohner sollten gesondert angeschrieben und einzelfallspezifisch beraten werden.
- Für den Bewohner sollte seitens der Hausverwaltung stets der gleiche Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Zu den technischen Aspekten wurde angeführt:

- Es sollte darauf geachtet werden, Stellflächen für Abfallbehälter bzw. Müllhäuschen durch Holz und Grün ansprechend zu gestalten.

#### **4 Das könnten wir ausprobieren.**

Zu den psychologischen bzw. sozialen Aspekten wurde angeführt:

- Maßnahmen zur Motivierung: z.B. fürs Schwarze Brett das Foto eines gepflegten Abfallbehälter-Stellplatzes im Vergleich zum ungepflegten Stellplatz des eigenen Wohngebäudes/ der eigenen Wohnanlage. Besondere Einzelfälle könnten im Heimatteil der Regionalzeitung Platz finden.

Zu den organisatorischen Aspekten wurde angeführt:

- Man könnte eine Bio- und Restmüllabholung „just-in-time“ organisieren, d.h. eine Abholung nach telefonischer Absprache mit der Gemeindeverwaltung bzw. dem beauftragten Entsorgungsunternehmen (mit einer besonderen Durchwahl, unter Nennung einer Kennzahl oder per ISDN bzw. bei Übersenden einer entsprechenden Kurznachricht per E-mail), wenn der Füllungsgrad der Tonnen erreicht ist, bzw. die hygienischen Verhältnisse es erfordern. Eine zentral geführte Excel-Datei und ein angeschlossener digitaler und aktualisierter Routenplaner mit täglichem Ausdruck an die Fahrer könnte die Arbeiten erleichtern. Die zuständige Fachbehörde könnte entsprechende Projekte der Zweckverbände fachtechnisch begleiten und die Auswertung im Rahmen eines Berichtes veröffentlichen.
- Man könnte einzelnen Etagen einer Wohnanlage Restmüll- und Bioabfall-Tonnen zuordnen, statt Container in der gesamten Wohnanlage aufzustellen.
- Man könnte ein Scheckkarten-System für Müll einführen.
- Man könnte Müllhäuschen absperrenbar ausführen, so daß für den Mitbewohner nur sein eigener Bereich erreichbar ist und „Mißverständnisse“ weitgehend ausgeschlossen werden können.
- Man könnte Kontrollaufkleber verwenden, mit denen Beanstandungen wegen zu hoher Fehlwürfe sichtbar gemacht werden.

Zu den technischen Aspekten wurde angeführt:

- Man könnte eine dezentrale oder mobile Wertstoffsammelstelle insbesondere für eine Wohnsiedlung auf dem Land einrichten, um dem Mitbewohner weite Wege zu ersparen.
- Man könnte die Stellplätze für Restmüll- und Bioabfall-Tonnen mit einer Zu- und Abwassereinrichtung versehen, ähnlich denen auf Campingplätzen mit dem sogenannten „chemical point“. Damit wäre mit einfachen Handgriffen eine (Hochdruck-)Reinigung der Behälter mit wenig Wasserverbrauch möglich.
- Man könnte einen sogenannten „Hygiene-Service“ beauftragen, nach Schweizer Vorbild, der leere Biotonnen vor der Rückgabe mit einer Spülmaschine wäscht und trocknet.

## **5 So könnte es gehen: Neue Ideen**

Zu den psychologischen bzw. sozialen Aspekten wurde angeführt:

- Von seiten der Arbeitsgruppe wurde angeregt, daß sich Hausmeister auf dem Gebiet der Abfallberatung zukünftig fortbilden. Fachliche Vorgaben für eine erst einzurichtende Fortbildung, möglicherweise geprüft und zertifiziert, könnten vom LfU oder von dritter Seite (z.B. LGA etc.) erstellt werden.

Zu den organisatorischen Aspekten wurde angeführt:

- Wohnungsbesitzer, noch mehr aber Mieter, sollten transparentere Abrechnungen erhalten, in denen sich beispielsweise der Erfolg einer Wohnungsgemeinschaft bei der Vermeidung von Restmüll widerspiegelt, damit weniger bezahlt werden muß. Hier ist in erster Linie das für den Abfall zuständige Amt der Gebietskörperschaft angesprochen. Darin sollten auch Grund- und Sonderleistungen (z.B. Hygieneservice, häufigere Leerungen in der heißen Jahreszeit) deutlich ausgewiesen werden.

Zum anderen ist es erforderlich, daß in Begleitschreiben zu den Abrechnungen konkrete Wege vorgezeichnet werden, wie für Einzelmietern oder Verbände von Mietern günstigere Tarife oder eine Verbesserung des Angebotes (z.B. die persönliche 120-Liter-Tonne für zwei Einzelmietern) erreicht werden können.

- Die tatsächlichen Verwertungswege für Wertstoffe sollten für den Einzelfall der Wohnanlage gesondert dargestellt und organisatorisch, technisch oder wirtschaftlich bedingte Änderungen im Einzelfall aktuell den Bürgern mitgeteilt werden. Denkbar wären auch Betriebsbesichtigungen bei Recyclinganlagen, Müllverbrennungsanlagen und Deponien etc.

Erst diese Vorgehensweise ermöglicht es dem Bürger, sich mit dem aktuellen Entsorgungssystem vor Ort zu identifizieren.

Der weit verbreitete, teilweise ungerechtfertigte Unmut der Bevölkerung über nutzlose aufwendige Trennungen von Wertstoffen zum Zweck der stofflichen Verwertung ist nur durch eine ehrliche Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende, auf den Einzelfall bezogene, aufrichtige, organisatorische Konsequenzen zu vermeiden.

- Ferner sollte Hilfestellung angeboten werden, wenn der Bioabfall auch nach einer längeren Erprobungsphase noch nicht den erforderlichen Qualitätsstandard erreicht hat.
- Die Abfallberater der entsorgungspflichtigen Körperschaften sollten mit der notwendigen Unterstützung ihrer Verwaltung in die Lage versetzt werden, Hausverwaltungen auf den Problembereich der sog. „Fliegenden Hausmeister“ anzusprechen und erforderliche Änderungen fachlich zu begleiten.

Zu den technischen Aspekten wurde angeführt:

- Auf der Grundlage der Einzelfallbedingungen verschiedener Wohnanlagen mit Handlungsbedarf im Hinblick auf menschenwürdige Hygiene- und ausreichende Platzverhältnisse bei der Anordnung und Ausgestaltung von Stellplätzen für Reststoff- und Wertstofftonnen sind nach Auffassung der Arbeitsgruppe mit Mitteln des Freistaats auf Veranlassung der zuständigen fachlichen Stellen entsprechende Musterplanungen von Ingenieurbüros nach Vorgaben der Kreisverwaltungs- und Fachbehörden zu erarbeiten. Dabei sind auch einheitliche Vorgaben für den Zugang und die räumliche Einteilung der Stellplätze, d.h. ein einheitliches Leitsystem für den Bürger mit Funktionsbereichen unterschiedlicher hygienischer Anforderungen (Restmüll und Biomüll einerseits und relativ saubere, getrennte Wertstoffe andererseits) und deren Ausstattung (z.B. Anschluß für ressourcensparende Wasserhochdruckreinigung bzw. Abwassergulli und entsprechende Gefällegebung innerhalb des Stellplatzes ähnlich den „chemical points“ auf Campingplätzen) zu entwerfen.

Bei Planungen im Einzelfall sollte die Seite der Abfallberatung in der Kreisverwaltungsbehörde mit eingeschaltet werden.

## Arbeitsgruppe 4: „Geschoßwohnanlage mit über 300 Wohneinheiten“

Moderatorin: Gabriele Gersch

Zusammenfassung: Peter Schmidt, Abfallberater der Stadt Erlangen

> 300

(3)

So könnte es gehen: Neue Ideen	Das könnten wir ausprobieren	
Zwickauer Müll-Schleuse in Müllschlucken	Videobewachung	Erhöhung Müllgebühr + Rückvergütung für Wertstoffe
Pranger	Müllpolitesse (-Stufe)	
Shit-Liste	„Blockwart“	
Ausländer besser verteilen		
Belohnung		

Besonders beachten

Unterricht ab Kindergarten

Planstellen (sonst) für Abfallberater schaffen

4.3

# Wohnanlage >300 Wohng.

Wieso es in den Wohnanlagen  
mit dem Müll so schwierig ist

7

## Hochhaus

Müllschlecker

Anonymität

kleine Wohnungen  
wenig Platz für  
Müllbehälter

Bequemlichkeit

Behältervolumen  
zu groß

zu wenig  
finanzieller  
Anreiz

zu wenig Einsicht  
Vorurteile

Müllentsorgung  
durch Kinder

negative Vorbilder  
stecken an

Sozialhilfe-  
empfänger

4.1

4  
7300

So könnte es gehen:  
Bewährte Maßnahmen

2

Öffentlichkeitsarbeit

gezielte  
Information  
der Bewohner

Infostände  
im Wohnviertel

auf den Bürger zugehen

über Hausver-  
waltung an  
Bewohner

Müllschiefe

Container  
einziehen

Mülltonnen  
abschließen

Solidargemeinschaft  
↓  
Schleusen

Behältervolumen  
reduzieren

Müllschlucken  
schließen

Verursachergerichte  
Abrechnung

Abrechnungsmodus

Fläche - Personen

Behälterstandplätze  
Wertstoffe

4.2

## Zusammenfassung

### 1 Wieso es in den Wohnanlagen mit dem Müll so schwierig ist.

Hochhäuser bieten in der Regel wenig Fläche für viele Menschen und dementsprechend wenig Platz für Müll- und Wertstoffstandorte. Wohnungen sind relativ klein und bieten wenig Platz für Müllbehälter. Dafür werden Großraumbehälter an wenigen Standorten vorgehalten, die ein zu großes Behältervolumen bieten.

Die Anonymität in Großwohnanlagen erzeugt zu wenig soziale Kontrolle. Die Nähe des Müllschluckers im Haus und Bequemlichkeit verleiten zu unkritischem Verhalten. Vorurteile, fehlende Einsicht gegenüber der Mülltrennung und der zu geringe und daher nicht spürbare finanzielle Anreiz bestärken die Bewohner in ihrem Fehlverhalten. Viele übertragen auch die Müllentsorgung den Kindern, die oft nicht genau wissen, wohin damit und die Container nicht öffnen können. Negative Verhaltensweisen - der andere macht es genauso - stecken an. Gerade in Großwohnanlagen ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass einige dabei sind, die nicht mitmachen, Fehlwürfe fallen auf und verleiten andere zur Nachahmung bzw. demotivieren („es hat ja doch keinen Sinn“); die Verwahrlosungstendenz nimmt zu. Sozialhilfeempfänger sind besonders in Geschoßwohnanlagen anzutreffen, für die Anreize zu umweltbewusstem Verhalten schon deshalb wegfallen, weil sie andere Sorgen beschäftigen, und keinerlei Einsparungsanreize bestehen, da Mieten und Nebenkosten ohnehin vom Sozialamt getragen werden. Wohnsiedlungen mit hohem Ausländeranteil (Ghettos) machen die Abfallberatung nicht leichter.

### 2 So könnte es gehen: Bewährte Maßnahmen

Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit könnte weiterhelfen, wobei es auf die gezielte Information der einzelnen Bewohner ankommt. Es wäre angesagt, auf die Bürger selbst zuzugehen, auch im Rahmen von Infoständen im Wohnviertel. Die Hausverwaltung mit Hausmeister muss einbezogen werden, damit Aufklärung und Kontrolle auch weiterhin gewährleistet sind, wenn die Abfallberatung schon abgezogen ist.

In Nürnberg und im Landkreis Günzburg wird ein Störstoffdetektor (= technischer Müllschariff) am Müllfahrzeug eingesetzt, der in der Biotonne Fehlwürfe nachweist. Bei Überschreitung kritischer Werte (meist der Stufe sehr niedrig, d.h. hoher Grad der Verunreinigung) wird die Biotonne beim ersten Mal noch mitgenommen. Der Müllwerker (=persönlicher Müllschariff) teilt dann eine „gelbe Karte“ = Handzettel aus mit der Information über die Fehlwürfe; beim nächsten Mal wird eine „rote Karte“ an die Biotonne gehängt mit entsprechendem Hinweis und die Tonne bleibt stehen. Der Bürger/die Solidargemeinschaft muss sie dann nachsortieren oder zu höheren Kosten der Restmüllabfuhr zuführen.

Bei Anrufen betroffener Bewohner führt der Abfallberater Beratungsgespräche per Telefon oder sucht diese zu Hause auf.

Die Einzäunung von großen Containern wäre ein Mittel, die Mitbenutzung durch Fremde zu verhindern (Mülltourismus). Das Abschließen von Mülltonnen zielt in die gleiche Richtung. Eine entsprechende Schließanlage wie bei Haustüren wäre erforderlich. In Sachsen wurden Müllschleusen in Modellversuchen erprobt. Um *neue Ideen* - hier ergänzend - vorweg zu nehmen: Bei nicht schließbarem Müllschlucker im Haus könnte der Bequemlichkeitsvorteil, der dadurch erlangt wird, dass die Wertstoffcontainer vor dem Haus nicht aufgesucht werden,

über eine Gebühr durch Messung des Restmüllvolumens mit Müllschleusen wettgemacht werden („Müllschleusen Modell“).

Es wäre ein sinnvoller Weg Müllschlucker zu schließen und Restmüll-Behältervolumen zu reduzieren - so weit wie möglich und wenn übermäßig viel Volumen vorgehalten wird. Dies erzeugt, wie man hofft, einen äußeren Druck (logische Folge), Wertstoffe zu trennen.

Weiterhin könnte eine verursachergerechte Abrechnung, d.h. kleinere Abrechnungseinheiten, diejenigen mit einer höheren Gebühr belasten, die mehr Müll erzeugen. Dies ist eher theoretisch denkbar. Die Gebühren werden oft nach Wohnfläche (Quadratmeter) oder Wohneinheiten berechnet. Es wäre jedoch besser, die Berechnung nach dem Personenmaßstab, d.h. nach der Zahl der Personen, vorzunehmen. Behälterstandplätze für Wertstoffe sollten auch attraktiv aussehen und allen praktischen Gesichtspunkten genügen.

### **3 So könnte es gehen: neue Ideen**

Das „Müllschleusen Modell“ (Müllschleuse am Abwurfschacht) wurde bereits unter Punkt 2 genannt.

Schlechte Vorbilder an den Pranger zu stellen, anzuprangern, wäre eine Idee; gemeint ist nicht eine einzelne Person, sondern eher eine Gemeinschaft. Man könnte dann eine „Shit-Liste“ erstellen, die schlechte Angewohnheiten und das entsprechende Ergebnis herausstellt. Empfehlenswerter aber wäre, positive Beispiele hervorzuheben, Lob und Anerkennung auszudrücken, grüne Zettel auszuteilen für beanstandungsfreie Tonnen - und Belohnungen, um positive Anreize zu setzen.

### **4 Das könnten wir ausprobieren**

Man könnte mit Attrappen eine Videoüberwachung vortäuschen oder diese tatsächlich durchführen. Denkbar wären auch Müllpolitessen, die „Knöllchen“ zur Strafe austeilen. Besser aber wäre, der Hausmeister würde immer wieder nach dem Rechten sehen, dann könnte auch auf einen „Blockwart“ verzichtet werden.

Eine allgemein höhere Müllgebühr mit Rückvergütung bei der Krankenversicherung käme in Frage. Ein solche Rückvergütung käme bei der Abgabe von Wertstoffen - anstelle eines Jahresausgleichs - in Betracht. Das „Sero“-System in der DDR hat so ähnlich funktioniert.

### **5 Besonders zu beachten**

Kinder sollten bereits im Kindergarten zu umweltgerechtem Verhalten angeleitet werden. Es sollten mehr Planstellen für Abfallberater geschaffen werden.

# Resümee zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen

Klaus Kruis & Ulrich Lottner, LfU

## 1 Relativierung von Klischeevorstellungen

Bei der Frage, wie sich **Umweltbewusstsein und Umweltverhalten** der Deutschen insgesamt und damit auch der Geschoßwohnanlagen-Bewohner im Einzelnen weiterentwickeln werden, ergibt sich nach neueren Studien kein einheitliches Bild:

- Die von Peter Preisendörfer im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) durchgeführte Studie „**Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland**“ (Umwelt Nr. 5/2000, S. 243) zeigt, dass zwar der Stellenwert des Umweltschutzes zurückgegangen, im Verhalten der Bevölkerung aber eine Routine bei einer Stabilisierung auf einem etwas niedrigeren Niveau zu beobachten ist. Die Studie umfasst den Zeitraum von 1990 bis 1997.

Die so genannte **Luxusgutthese** als Klischeevorstellung kann lt. UBA-Studie als widerlegt gelten. Nach dieser These waren die Belange des Umweltschutzes vor allem als ein Anliegen der besserverdienenden Bevölkerung gesehen worden. Ein Zusammenhang zwischen „einem geringeren Einkommen und mehr Müll“ bestehe jedoch nicht.

Auch die so genannte **Schattenthese** (als ein in die Gegenwart reichender Schatten der Zukunft), die von der Annahme ausgeht, dass durch Kinder im Haushalt eine nachhaltige Sensibilisierung in Bezug auf Umweltbewusstsein und -verhalten bewirkt werde, konnte durch die o.g. UBA-Studie nicht bestätigt werden.

- Eine Umfrage des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz anlässlich des Tages der offenen Tür am 01.07.2000 hat dagegen ergeben, dass mit **Erziehungsmaßnahmen im Umweltschutz** am meisten bewegt werden könne. Dieses Thema hat auch die Arbeitsgruppen beschäftigt, wobei vorgeschlagen wurde, dass man mit der Umwelterziehung bereits im Kindergarten beginnen solle.
- Eine ebenfalls im Auftrag des UBA von Udo Kuckartz (Universität Marburg) und dem Emnid-Institut durchgeführte repräsentative Umfrage sieht **die Deutschen wieder umweltbewusster** ([www.umweltservice.de](http://www.umweltservice.de), Nachricht vom 02.07.2000).
- Nach einer Verbraucheranalyse, die in Hamburg vom Axel Springer Verlag und von der Verlagsgruppe Bauer in Auftrag gegeben wurde, **nimmt der Umweltgedanke im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung ständig ab**. Danach sei der Anteil der Deutschen, die umweltschonende Produkte kaufen, seit 1992 von 70 % auf 47 % zurückgegangen ([www.umweltservice.de](http://www.umweltservice.de), Nachricht vom 10.09.2000).

Diese Studien machen trotz ihrer vielfältigen Aussagen deutlich, dass dem Umweltschutzgedanken in der Öffentlichkeitsarbeit wieder ein größerer Stellenwert eingeräumt werden sollte. Ein relativ hohes Umweltbewusstsein will gepflegt werden.

## 2 Wichtige allgemeine Anregungen aus den Arbeitsgruppen

Das **Wertstoffpotenzial beim Abfall in Geschoßwohnanlagen** ist noch zu hoch. Die Anstrengungen, auch dieses Potenzial dem Wirtschaftskreislauf zuzuführen, sollten daher verstärkt werden, was ohne entsprechenden Personaleinsatz aber nicht möglich ist.

Alle Arbeitsgruppen kamen zu dem Ergebnis, dass eine intensive Bearbeitung des Aufgabefeldes „Mülltrennung in Geschoßwohnanlagen“ erforderlich ist. Dabei kann es nicht bei einmaligen Aktionen bleiben, da sich sonst die anfänglichen Missstände wieder einstellen. Die Möglichkeiten der Abfallberater sind hier durch Zeit- und Personalengpässe besonders begrenzt. Dies ist eines der angesprochenen Probleme, das sich bei dem derzeit abzeichnenden Rückgang der Stellen für Abfallberater noch verschärfen kann. Hier gilt es, immer wieder den Aufgabenumfang der Abfallberatung darzustellen und entsprechende Stellenzuweisungen bei der Haushaltsaufstellung zu beantragen bzw. zumindest den weiteren Stellenabbau zu bremsen.

Im Seminar sind eine ganze Reihe von Ideen und Lösungsvorschlägen aufgezeigt worden, um in Geschoßwohnanlagen das Restmüllaufkommen und im Übrigen auch das Sperrmüllaufkommen (hier darf auf ein für den 30. Mai 2001 geplantes LfU-Seminar verwiesen werden) zu reduzieren und damit eine Gebühreneinsparung beim Abfallverursacher zu erreichen.

Die Frage, wie man die Betroffenen in Geschoßwohnanlagen besser erreichen kann, wurde in diesem Seminar auch von umweltspsychologischer Seite behandelt (s. hierzu unter anderem den Beitrag von Frau Roch).

Die Arbeitsgruppen haben einige sehr interessante Anregungen zur Verbesserung des Müll-Trennverhaltens in Geschoßwohnanlagen aufgezeigt, die im Folgenden noch einmal im Überblick wiedergegeben werden.

- Zu empfehlen ist die **Einbindung des Abfallberaters in die Planung von Abfall-Stellplätzen** im Geschoßwohnungsbau.

Der Abfallberater könnte hierbei seine Fachkenntnisse bei der Gestaltung, Pflege und Nutzung der Stellplätze und Einrichtungen sowie bei der Anzahl, Art, Größe und Kennzeichnung der Wertstoff- und Müllbehälter und bei Hygienemaßnahmen besser einbringen.

Er sollte auf Richtlinien oder Bauratgeber zurückgreifen können. Zu prüfen wäre, ob es solche Hilfen bereits gibt. Falls solche nicht vorhanden sind, wäre die Erstellung entsprechender Richtlinien für Bauherren und Hausverwaltungen durch fachliche Stellen sinnvoll.

- Ein grundsätzliches Ergebnis des Seminars „Abfallberatung bei Geschoßwohnanlagen“ ist, dass die Verbesserung des Trennverhaltens eine **Erziehungs- oder besser Überzeugungsaufgabe** darstellt, die einen ständigen und intensiven Einsatz der Abfallberater erfordert (s. hierzu auch das Ergebnis einer Umfrage am Tag der offenen Tür im Bayerischen Landesamt für Umweltschutz in Punkt 1).
- Eine **gute Öffentlichkeitsarbeit** über die Medien und über Infostände für den persönlichen Kontakt ist zu empfehlen. Hier sind ggf. auch originelle Einfälle gefragt, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Falls im Einzelfall notwendig, sollte die politische Spitze der Kommune mit in Aktionen einbezogen oder zumindest die politische Rückendeckung gesucht werden, auch um **je-weils genügend Rückhalt** für die Tätigkeit zu erhalten und den Stellenwert des Umweltschutzes bei den Bürgern zu erhöhen.

- Um die **Anonymität** in den Geschosßwohnanlagen abzubauen und die Bewohner auf die dort gegebene Abfallproblematik aufmerksam zu machen, gibt es aus den Arbeitsgruppen eine Reihe von Vorschlägen für Jung und Alt, wie z.B. Siedlungsfeste, Wettbewerbe, Müllraps, Informationsveranstaltungen mit Besichtigungsfahrten, Einladung zu abfallwirtschaftlichen Ausstellungen etc.

Diese Maßnahmen müssen ständig wiederholt werden, können aber auf Dauer nicht Aufgabe der Abfallberatung alleine bleiben. Es sollte daher mehr Verantwortlichkeit bei den Hausverwaltungen bzw. den Hausmeistern aufgebaut werden.

Im ZAW Straubing wurde ein Workshop eingerichtet, um Müllspiele zu planen und durchzuführen.

Betroffene sollten in Aktionen möglichst persönlich einbezogen werden. Persönliche Beratungsgespräche sind wirksamer als schriftliche Informationen, auch wenn diese schon auf die speziellen Verhältnisse der Siedlung zugeschnitten sind, und letztere wiederum viel wirksamer als „anonyme“ Hinweise und Informationsblätter zur Abfalltrennung.

Richtiges Verhalten sollte gelobt werden, bei falschem Verhalten muss gemäß der Devise „steter Tropfen höhlt den Stein“ immer wieder zu überzeugen versucht werden (auf das erzieherische Verhalten des Landkreises Günzburg sei verwiesen).

- Bei Verständigungsschwierigkeiten mit **ausländischen Bewohnern** ist zu empfehlen, ggf. Sprecher von Kulturvereinen oder auch deren Kinder als Dolmetscher in Beratungsgespräche mit einzubeziehen. Ferner sollten in noch größerem Maße Informationen in den entsprechenden Fremdsprachen herausgegeben werden. Dabei kann es sich aber nur um allgemeine Hinweise handeln.
- **Sozialhilfeempfänger** als Bewohner von Geschosßwohnanlagen können nicht über finanzielle Anreize zur besseren Abfalltrennung angehalten werden, weil neben den Mieten auch die Nebenkosten von den Sozialämtern übernommen werden. Bei anhaltenden Problemen sollten Sozialarbeiter mit hinzugezogen werden.

Das Interesse von Sozialhilfeempfängern kann aber dadurch geweckt werden, dass sie mit in die Betreuung einer Wohnanlage einbezogen werden. Sie haben in der Vergangenheit für eine derartige gemeinnützige Arbeit eine Aufwandsentschädigung von 2,- DM/h erhalten.

- Im Landkreis Cham ist ein „**Betreuungskonzept**“ zur Verbesserung der Abfalltrennung entwickelt und auch durchgeführt worden, das die **Verantwortlichkeit für die Abfalltrennung** trotz einer lockeren Betreuung durch die Abfallberatung **bei den Bewohnern** belässt und das auch Rückmeldungen über Erfolge oder Misserfolge ermöglicht.
- Ganz wichtig ist es, den persönlichen Kontakt mit den **Hausverwaltungen** zu intensivieren und bei ihnen Interesse zu wecken für abfallwirtschaftliche Maßnahmen.

Hilfreich wäre eine fachgerechte Unterweisung der Hausmeister in die sachgerechte Nutzung und Pflege der Sortiereinrichtungen der Geschoßwohnanlage. Auch zertifizierte Schulungen sind angeregt worden. Teilweise werden schon ehrenamtliche Abfallberater bei den Hausverwaltungen eingesetzt. Hausmeister sollten möglichst in der jeweiligen Siedlung wohnen.

Die Anregung einer Schulung der Hausmeister hat das LfU aufgegriffen. Es wird sich im Rahmen eines „Berufsbildes Hausmeister“ beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn und den Bayerischen Staatsministerien für Wirtschaft und Verkehr und Unterricht und Kultus in München dafür einsetzen, dass der Beruf eines „staatlich anerkannten Hausmeisters“ (s. Anlage 1) eingerichtet wird. Das würde nicht nur in der Abfallberatung, sondern auch vielen Mitbürgern helfen, Unzulänglichkeiten auf diesem Gebiet in den Griff zu bekommen. Unserer Dienstleistungsgesellschaft könnte ein neuer qualifizierter Beruf hinzugefügt werden. Das wird aber erst langfristig erreichbar sein.

Folgende fachliche Hinweise für Beratungsgespräche bei den Hausverwaltungen wurden erarbeitet:

- Abwurfshächte (Müllschlucker) sollten stillgelegt werden.
  - Restmüllbehälter sind in der Regel zu groß, Wertstoffbehälter zu klein dimensioniert.
  - Müllhäuschen sind oft zu weit von der Wohnung entfernt. Es sollten mehr dezentrale Wertstoffinseln in Wohngebieten mit Geschoßwohnanlagen errichtet werden.
  - Ein Lageplan mit der Aufforderung zur Nutzung dieser gemeinschaftlichen Einrichtungen sollte in jedem Wohnblock hängen. Auf ein entsprechendes Projekt im Landkreis Regensburg darf hingewiesen werden.
  - Wertstoffsammelstellen bzw. -behälter sollten für Dritte unzugänglich und deshalb verschließbar sein. Auf die Modellversuche mit Müllschleusen in Sachsen wird verwiesen.
  - Die Behältnisse sollten möglichst kleinen Solidargemeinschaften zugeordnet sein, um die soziale Kontrolle zu verbessern und ggf. die Abrechnung darauf abzustellen, so dass spürbare finanzielle Anreize weitergegeben werden können.  
In diesem Zusammenhang problematisch sind die indirekten Abrechnungen bei Mietwohnverhältnissen.
- Folgende Punkte sollte der Abfallberater darüber hinaus berücksichtigen:
    - Kontrollmaßnahmen müssen regelmäßig stattfinden, um die Beanstandungsquote auf niedrigem Niveau halten zu können.
    - Durch positive Beispiele sollte ein „sozialer Druck“ aufgebaut werden.
    - Falsch befüllte Tonnen oder Container sollten von der Müllabfuhr nicht mitgenommen, sondern zur Nachsortierung (mit einem entsprechenden schriftlichen Hinweis) stehengelassen werden.
    - Das Heranführen von Kindern an die Thematik des Umweltschutzes sollte bereits im Kindergarten beginnen.
    - Wertstoffcontainer-Inseln sollten in unmittelbarer Nähe zu Ladenzentren liegen, damit dem Bürger unnötige Wege erspart werden, weil er auf dem Hinweg immer wieder mal kleinere Mengen zu verwertender Abfälle (Glas, Metall, Papier etc.) mitnehmen kann und auf dem Rückweg die neu erstandenen Waren - im selben Einkaufskorb.

- Eine äußerst wirksame Maßnahme zur Verbesserung des Trennverhaltens wäre die **verursachergerechte Abrechnung bei den betroffenen Haushalten**, da diese für weniger Restmüll auch weniger zahlen. Das belegen die Modellversuche in Sachsen (s. Beitrag von Herrn Ohst).
- **Personen- oder flächenbezogene Abrechnungsmaßstäbe** führen unter Umständen dazu, dass Haushalte mit weniger Abfällen für diejenigen mit aufkommen, die mehr Abfälle produzieren.
- Auch eine jährliche **Rückvergütung** für die Abgabe von Wertstoffen wäre denkbar, ähnlich wie z.B. bei der Steuererklärung.
- **An Stelle von Gebührenanreizen** sollte überlegt werden, ob nicht eine **Verbesserung des Services** bzw. des Leistungsangebotes z.B. bei der Sperrmüllsammmlung (s. o.a. Hinweis auf ein geplantes Seminar) vorteilhafter wäre. Bei Mietbewohnern in einer Geschoßwohnanlage wirkt sich nämlich die Gebührenermäßigung kaum aus, da sie nur als ein kleiner Posten bei der Nebenkostenabrechnung auftaucht.
- Auf ein sich selbst regulierendes, also **automatisches System zur Überwachung**, wie z.B. Metalldetektoren bei Biotonnen, wird hingewiesen. Erfahrungen hierzu liegen im Landkreis Günzburg vor. Ein solches System wirkt sich auch positiv auf das Trennverhalten aus. **Entsprechende Modellversuche** in Großwohnanlagen wären deshalb sinnvoll.

Anregungen und Beispiele, wie die Mülltrennung in Geschoßwohnanlagen verbessert werden kann, gibt es auch im „*Handbuch für die Öffentlichkeitsarbeit in der Abfallberatung*“ des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz vom April 1997, das unter Mitarbeit der Bezirksprecher der bayerischen Abfallberater entstanden ist.

### 3 Dank und Ausblick

Zum Schluss sei allen Rednern und Mitwirkenden für die offenbar gut angekommene Veranstaltung gedankt.

In einer der zukünftigen Veranstaltungen des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz (möglicherweise im Jahre 2002) soll das Thema „Abfallberatung bei Geschoßwohnanlagen“ noch einmal aufgegriffen werden, wobei dann insbesondere der Frage nachgegangen werden soll, welche Anregungen aus dem Seminar tatsächlich umgesetzt wurden und was für Erkenntnisse schon daraus zu ziehen sind.

Der gegenseitige Erfahrungsaustausch ist eine der wichtigsten Hilfen für den einzelnen Abfallberater. Gerade diese Hilfe gilt es bei der Abfallberatung in Geschoßwohnanlagen zu nutzen, da hier ein besonderer Bedarf an gegenseitiger Information und Motivation besteht. Erfolgreiche Ansätze und Modelle machen Mut, sie auch in anderen Gebietskörperschaften auszuprobieren.

## **Berufsbild „Hausmeister“**

- Ziel:** Staatlich anerkannter Hausmeister  
(Zu klären wäre, welche Stelle anerkennen darf.)
- Art der Ausbildung:** Weiterqualifizierung mit Abschlussprüfung
- Voraussetzungen:** abgeschlossene handwerkliche Ausbildung, wenn nicht gegeben, mindestens mittlere Reife mit praktischer Berufserfahrung
- Kommunikations- und Organisationstalent, z.B. für die Ausrichtung von Siedlungsfesten
- Ausbildungsspektrum:** **Vermittlung von Grundkenntnissen auf den Gebieten**
- Bauhandwerk
  - Schreinerei
  - Spenglerei
  - Elektrik/Elektronik
  - Wasserversorgungs- und -entsorgungstechnik
  - Heizungstechnik
  - umweltschonende Hausbewirtschaftung
  - Abfallwirtschaft und -beratung
  - Mietrecht
  - Gärtnerei
  - psychologisches Training
  - erste Hilfe etc.
- d.h. allen Aufgabenfeldern von Hausmeistern in Wirtschaftsunternehmen oder größeren Wohnsiedlungen
- Aufbauqualifikation:** Verwaltung eines Hauses, insbesondere zur Verbreiterung und Vertiefung der diesbezüglichen Rechtskenntnisse